

KATHOLISCHES BÜRO ERFURT

Kommissariat der Bischöfe in Thüringen



Katholisches Büro | Postfach 800662 | 99032 Erfurt

Thüringer Staatskanzlei
Referat 3A 2 Medienrecht und Medienpolitik

Regierungsstr. 73
99084 Erfurt

Anhörung zur Neufassung des Staatsvertrages über den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) – MDR-Staatsvertrag

Sehr geehrter
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst ein herzliches Dankeschön für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum aktuellen Entwurfsstand der Neufassung des Staatsvertrages über den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR). Ich will nicht verhehlen, dass angesichts der kurzen Frist zur Stellungnahme eine Verständigung mit der Katholischen Kirche in Sachsen-Anhalt und im Freistaat Sachsen eine Herausforderung dargestellt hat. Nunmehr kann ich Ihnen mitteilen, dass diese Stellungnahme auch im Namen des Leiters des Katholischen Büros Dresden, Herrn Dr. Frank, sowie des Leiters des Katholischen Büros Sachsen-Anhalt, Herrn Rether, erfolgt.

Insgesamt haben wir durchaus erhebliche Bedenken, sollte dieser Entwurf tatsächlich wirksamer neuer Staatsvertrag über den Mitteldeutschen Rundfunk werden. Im Einzelnen:

Präambel Abs. 3 Satz 1:

In der Aufzählung der unterschiedlichen Aspekte des gesellschaftlichen Lebens fehlt der religiöse Aspekt. Die bisherige Aufzählung stellt eine lückenhafte, nicht im Einklang mit dem auch für den MDR geltenden Rundfunkstaatsvertrag stehende Aufzählung dar. Wir bitten um die Ergänzung:

„... wirtschaftlichen, sozialen, religiösen und ökologischen Aspekten...“

Zu § 2 Abs. 2 Satz 3f.:

Diese Regelung widerspricht den Bestimmungen des § 1. Danach ist der MDR eine gemeinnützige rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts zur Veranstaltung von Rundfunk- und Telemedienangeboten. Er ist nicht ein erlösorientiertes Unternehmen, das gleichsam als Rendite den beteiligten Ländern Anteile an seinen Einnahmen zukommen lassen kann und muss. Aus ordnungsrechtlichen Aspekten empfehlen wir, diese Sätze ersatzlos zu streichen.

Bistum Erfurt
Bistum Dresden-Meißen
Bistum Fulda

Ordinariatsrat

Leiter

Anschrift:
Herrmannsplatz 9 | 99084 Erfurt

Diensträume:
Michaelshaus
Stiftsgasse 4a | 99084 Erfurt

Kontakt:
Telefon 0361 6572-214
Fax 0361 6572-217
E-Mail kath.buero@bistum-erfurt.de

Erfurt, den 8. Dezember 2020

Zu § 8 Abs. 2:

Wir begrüßen ausdrücklich die vorgesehene Präzisierung der Angebote des MDR, die richtigerweise und erkennbar durch gegenseitige Achtung, Menschenwürde und Menschenrechte geprägt sein müssen.

Zu § 11 Abs. 3:

Wir begrüßen ausdrücklich, dass die bisherige Regelung zu dem Recht der Kirchen und Religionsgemeinschaften (§14 Abs. 3 des geltenden Vertrages) unverändert übernommen wird. Jegliche Veränderung würde nicht nur die verfassungs- und ordnungsrechtliche Situation, sondern auch die staatskirchenvertraglichen Verständigungen unmittelbar und direkt betreffen.

Zu § 16 in seiner Gänze:

Die vorgesehene Zusammensetzung des Rundfunkrates unterscheidet zwischen Mitgliedern, die im amtsperiodenweisen Wechsel aus Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt entsandt werden, und Mitgliedern, die dauerhaft aus einem der Bundesländer entsandt werden. In der Praxis der Gremienarbeit würde dies bedeuten, dass einige Mitglieder sicher nach Ablauf der bisherigen Amtszeit das Gremium verlassen, andere aber weiterhin und über die eine Amtsperiode hinaus im Rundfunkrat verbleiben können. Die letztgenannte Gruppe der Mitglieder des Rundfunkrates zeichnet sich dann in der anschließenden neuen Amtszeit nicht nur durch bereits vorhandene, aus der vorangegangenen Amtszeit erworbene Fachkunde aus. Sie ist aufgrund dieser Eignung auch dazu prädestiniert, den Vorsitz in den unterschiedlichen Gremien des MDR (Rundfunkrat, Programmausschüsse, Landesgruppen etc.) zu übernehmen. Diese Eignung fehlt – aus der Natur der Sache heraus – den neuen Mitgliedern.

Wir sehen hierin eine ungerechtfertigte Diskriminierung derjenigen gesellschaftlichen Gruppierungen, die dem „Rotationszwang“ unterworfen sind. Es wäre sicherlich ein fatales Signal, wenn eine solche Benachteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure durch die Beschlussfassung der Landesregierungen und Parlamente herbeigeführt werden würde.

Uns ist bekannt, dass die vorgesehenen Regelungen rechtlich zulässig sind; wir halten sie aber mit Blick auf die Notwendigkeit der gleichmäßigen und gleichwertigen Zusprache des Wächteramtes an alle gesellschaftlichen Organisationen und Gruppen für höchst bedenklich und nicht sinnvoll.

Zu § 16 Abs. 1 Ziff. 5:

Bereits im September dieses Jahres haben wir uns wegen der beabsichtigten Veränderungen bei der Entsendung von Mitgliedern der Katholischen Kirche in einer Note an die Ministerpräsidenten der drei Bundesländer gewandt und nachdrücklich dafür geworben, die bisherige Regelung auch im novellierten MDR-Staatsvertrag fortzuschreiben. In der Begründung dieser Position waren nicht die institutionellen Interessen der Kirche maßgeblich, sondern das allgemeine gesellschaftspolitische Mandat, das wir zugunsten von Mensch und Gesellschaft auch in diesem Bereich wahrnehmen.

An dieser Position halten wir ausdrücklich und uneingeschränkt weiter fest.

Für den von uns nicht gewünschten Fall, dass lediglich ein Mitglied der Katholischen Kirche in den Rundfunkrat entsandt werden darf, lehnen wir auf jeden Fall den zweiten Halbsatz in Ziff. 5 ab. Stattdessen schlagen wir folgende Regelung vor:

„einem Mitglied der katholischen Kirche in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen,“

Damit obliegt es den beteiligten Diözesen und Ortsordinarien, in interner Verständigung sich auf eine Persönlichkeit zu einigen, die dann Mitglied des Rundfunkrates wird.

Zu § 16 Abs. 1 Ziff. 6:

Offensichtlich haben sich die Entwurfsverfasser von § 21 ZDF-Staatsvertrag leiten lassen. Diese Regelung ist für den MDR-Staatsvertrag nicht praktikabel und unzulässig: Der Deutsche Caritasverband e.V. mit Sitz in Freiburg im Breisgau ist ein bundesweiter Dachverband ohne direkten regionalen Bezug in die drei MDR-Bundesländer. In diesen Bundesländern sind allein die jeweiligen Diözesan-Caritasverbände der Diözesen präsent und verantwortlich. Diese aber sind unabhängige und selbständige Rechtspersonen.

Wenn es weiterhin gewollt ist, dass Vertreter der Caritas in den Rundfunkrat entsandt werden sollen, so muss die entsprechende Bestimmung wie folgt gefasst werden:

„einem Mitglied der Diözesan-Caritasverbände in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen,“

Insgesamt und bei allem erkennbaren Wohlwollen zugunsten der Katholischen Kirche und ihrer Verbände lehnen wir diese Regelung ausdrücklich ab und verweisen noch einmal auf unseren nachdrücklichen Wunsch, die bestehende gültige Regelung möge auch in der Novelle weiter Bestand haben.

Ein weiterer Gesichtspunkt ist hierfür nicht ganz ohne Bedeutung: Es handelt sich bei der vorgesehenen Regelung um eine Privilegierung eines katholischen Sozialverbandes gegenüber den anderen Sozialverbänden, die ebenso Mitglied der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in den einzelnen Bundesländern sind, jedoch kein Entsenderecht in den Rundfunkrat zugesprochen bekommen haben. Wir gehen nicht davon aus, dass dies klaglos hingenommen wird.

Zu § 16 Abs. 3:

Ungeachtet aller Wertschätzung zur geschlechtergerechten Bestellung der Mitglieder des Rundfunkrates, ist dies, soweit es sich um hier um die Katholische Kirche handelt, ein unzulässiger Eingriff in das kirchliche Selbstverwaltungsrecht, Art. 140 GG i.V.m. 137 Abs. 3 WRV. Dies schließt natürlich nicht aus, dass die kirchlichen Entsendeorganisationen im Wege der Selbstverpflichtung und im eigenen Interesse diesen Aspekt berücksichtigen werden.

Zu § 20:

Angeichts der Corona-bedingten Situation und der damit verbundenen gesammelten Erfahrungen zur Entscheidungsfindung ohne Anwesenheit regen wir an, § 20 um Bestimmungen zu Umlaufbeschlüssen und ggf. Video- und Telefonkonferenzen zu ergänzen.

Zu § 22:

Aus gesamtgesellschaftlicher Verantwortung weisen wir auf Folgendes hin: Ein Anlass zur Novellierung des MDR-Staatsvertrages ist auch das ZDF-Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus 2014. Dort war die Staatsferne ein wesentlicher Gesichtspunkt. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Kontrollrechte scheinen die nunmehr beabsichtigten Änderungen dieses Ziel zu konterkarieren: Bei der Erweiterung des Verwaltungsrates von sieben auf zehn Mitgliedern ist es möglich, dass unter Beteiligung aller drei MDR-Länder ein Drittel der Mitglieder durch Persönlichkeiten besetzt werden können, die den staatlich-hoheitlichen Interessen und Zielen in besonderer Weise nahestehen. Hinzu kommt, dass – ebenfalls neu – gemäß § 25 Abs. 6 des Entwurfes die Landesregierungen berechtigt sind, jeweils einen Vertreter der Rechtsaufsicht mit Rederecht in den Verwaltungsrat zu entsenden. Dies bedeutet, dass bei extensiver Handhabung von den anwesenden 13 Persönlichkeiten bei einer Sitzung des Verwaltungsrates sechs aus dem staatlich-hoheitlichen Nahbereich der Landesregierungen kommen können. Dies wären abweichend von der vorgenannten Verfassungsgerichtsentscheidung nicht 33 % sondern ca. 46 %.

Sehr geehrter; sehr geehrte Damen und Herren, ich bin Ihnen sehr dankbar, wenn unsere vorgenannten Anregungen und Bedenken bei dem weiteren Verfahren zum Zustandekommen einer Neufassung des Staatsvertrages Berücksichtigung finden. Ich wünsche Ihnen und allen Beteiligten an diesem Verfahren einen sorgfältigen und den Interessen eines unabhängigen öffentlichen Rundfunk angemessenen Fortgang und verbleibe, ausdrücklich auch im Namen meiner Kollegen aus Dresden und Magdeburg,

mit freundlichen Grüßen

Ordinariatsrat
Leiter des Katholischen Büros